Bundesausschuss beschließt bundesweiten Aktionstag am 1. September

»100 mal nonpd« auf Straßen und Plätzen

Unsere Kampagne »NPD-Verbot jetzt!«, mittlerweile einfach als »nonpd« bekannt, ist bereits jetzt ein großer politischer Erfolg für unseren Verband. Das ließ sich nach der Hälfte der Kampagnenzeit anhand der erreichten Unterschriftenzahl – zum Redaktionsschluss waren es bereits über 95 000 –, der politischen Unterstützung unter anderem durch Gewerkschaften und des erreichten Bekanntheitsgrades unseres Logos uneingeschränkt feststellen.

Der Bundesausschuss der VVN-BdA beschäftigte sich auf seiner Beratung Ende Juni mit der Frage, was zusätzlich getan werden kann, um das Erreichte noch einmal deutlich auszubauen. Er beschloss zunächst, die zu überspringende Latte anzuheben. Wir wollen bis zum 9. November nunmehr 150 000 Unterschriften für das Verbot der NPD sammeln. Weiterhin legte er ein Handlungsprogramm für die Mitgliedsverbände der VVN-BdA mit folgenden Schwerpunkten fest:

Unsere Organisationsgliederungen sind aufgefordert, noch intensiver als bisher die Möglichkeiten der Homepage **www.npd-verbot-jetzt.de** zu nutzen. Dies gilt insbesondere für die Möglichkeit der Internationalisierung. Mittlerweile können nämlich Unterschriftenlisten in Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Polnisch, Russisch, Griechisch und Türkisch heruntergeladen werden.

Die Sammeltätigkeit wird auch über die Sommermonate aufrecht erhalten. Sommerfeste und größere Veranstaltungen sollen dazu genutzt werden. Mit einer vom Bundesbüro organisierten Aktion »nonpd on tour« werden gezielt Urlaubsregionen durch Werbefahrzeuge aufgesucht.

Die Schlussphase der Kampagne im September und Oktober wird mit einer Großaktion eingeleitet: Der 1. September wird für uns zum bundesweiten Aktionstag unter dem Motto »100 mal nonpd«. In ganz Deutschland werden wir mindestens 100 Infotische und Veranstaltungen gleichzeitig durchführen. Dieser Aktionstag wird durch Zeitungsanzeigen vorbereitet und begleitet.

Im gleichen Zeitraum werden wir Abgeordnete des Deutschen Bundestages aufsuchen, unsere Kampagne vorstellen und die Argumente zum Verbot der NPD vorbringen.

Von erheblicher Bedeutung ist auch das Sammeln von Geld. Es wurden bereits von vielen Landes- und Kreisverbänden, Mitgliedern und Freunden zum Teil erhebliche Mittel aufgebracht, um die Kampagne mit vollem Schwung weitertreiben zu können. Der Bundesausschuss bittet darum, mitzuhelfen, die materielle Grundlage unserer Kampagne weiter auszubauen.

Thomas Willms
Bundesgeschäftsführer

http://www.npd-verbot-jetzt.de

Tätigkeit der Bundesorganisation hat ihren Preis

Beratung der Kassierer und Landesgeschäftsführer

60 Jahre besteht unser Verband. Jahre, in denen er das antifaschistische Erbe bewahrt, Geschichtsfälschung bekämpft und Verbrechen wie Täter des alten und neuen Nazismus an den Pranger gestellt hat. Heute gewinnt die Arbeit unseres Verbandes zunehmend an Bedeutung.

Dies betonte der Vorsitzende der VVN-BdA Werner Pfennig in seiner Eröffnungsrede. Anlass war die Tagung der zu allermeist ehrenamtlichen Geschäftsführer und Kassierer der Landesverbände der VVN-BdA, die sich im Mai 2007 zusammenfanden, um die Effizienz der Verbandsarbeit auf den Prüfstand zu stellen.

Die wechselseitige Nutzung der Erfahrungen der VVN-Arbeit zwischen Bund- und Ländern hat dem VVN-BdA mittlerweile ein neues Profil gegeben; sie ist die Vorraussetzung, in diesem Jahr Bündnisse mit vielen demokratischen Kräften zu schließen, um gemeinsam ein längst überfälliges NPD Verbot zu erwirken.

Trotz der politischen Erfolge gibt die Altersstruktur unseres Verbandes Anlass zur Sorge. Die Betreuung der Verbandsmitglieder gestaltet sich zunehmend schwierig und noch immer gleicht die Anzahl der Neueintritte die natürlichen Abgänge nicht aus.

Dieser Tatsache spiegelt sich in den Vereinsfinanzen wider, welche die Bundeskassierer darstellten. Beitragsrückgänge führten dazu, dass in den vergangenen Jahren bis zum jetzigen Zeitpunkt die erzielten Einnahmen nicht ausreichten, alle Aufwendungen des Verbandes abzudecken. Der Zugriff auf die Bestände ist ansteigend. Die Einnahmen sichern gerade die laufenden Geschäftskosten, doch weitere Einsparungen im Geschäftsbereich stellen die Arbeitsfähigkeit der Bundesgeschäftsstelle in Frage. Die Finanzierung der politischen Arbeit erfolgt ausschließlich aus Bestandszugriffen. Mit den Länderabgaben aus Mitgliedsbeiträgen wird es nicht mehr möglich sein, die größtenteils kostenlosen Bereitstellungen von Verbandsmaterialien weiter zu betreiben und eine Bundesgeschäftsstelle in der bestehenden Form zu erhalten. Der Abbau der Finanzbestände schränkt auch Vorfinanzierungen für politische Vorhaben drastisch ein. In Folge müssen, die Finanzflüsse zwischen den Gliederungen und dem Bundesverband flexibler gestaltet und Zuführungen an den Bundesverband gesteigert werden. Einen Antrag auf vollständige Zahlung des Bundesanteils durch sämtliche Landesverbände und Festlegung eines Mindestbeitrages brachte der LV der VVN-BdA NRW ein. Die Errichtung einer zentralen Mitgliederkartei in Verbindung mit Beitragseinzug wurde auf der Tagung angeregt und kontrovers diskutiert. All dies sind Vorschläge, die tief in die Organisationsstruktur des Verbandes eingreifen! In diesem Zusammenhang rückte auch die Idee einer einheitliche Finanz- und Beitragsordnung auf die Tagesordnung, für die die Bundesfinanzkommission dem Bundesausschuss eine Beschlussvorlage erarbeitet.

Für Aktionen wie die Anti-NPD Kampagne in diesem Jahr, wird an alle Gliederungen der Appell gerichtet, zusätzliche Mittel zur Kampagnenfinanzierung kurzfristig bereitzustellen. Praktiziert wird das schon in Einzelfällen durch Übernahme von Kosten zentraler Materialbestellungen in verschiedenen Gliederungen, Sonderspenden oder dezentrale Verteilung von Kampagnematerialien. Doch das reicht noch nicht.

Die *antifa* als Mitgliederzeitschrift, vom Bundesausschuss mehrfach beschlossen, hat sich bei den Ostverbänden immer noch nicht durchgesetzt. Unverständlich, da ihr Inhalt qualitativ gut ist, alle Bundesländer zu Wort kommen können und die Zeitung oft die einzige Informationsquelle über die Arbeit unseres Verbandes bildet. Jedes Vereinsmitglied hat mit seiner Beitragszahlung ein Recht auf den Bezug der *antifa*.

Es wurde sehr deutlich: Nur eine enge Zusammenarbeit zwischen Bundesgeschäftsstelle und Landesverbänden ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit der VVN-BdA und all seiner Gliederungen. **Richard Häsler**

Bundesverband NS-Verfolgte verlangt Entschädigung der Unentschädigten

Mitgliederversammlung tagte in Köln – Delegierte lehnten neue Satzung ab

In Köln tagte die Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung Information und Beratung für NS-Verfolgte. Positives war vom Fonds »Erinnerung und Zukunft« der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« zu berichten: Die Hilfe für die Opfer des NS-Regimes wird weiter als wesentliches Aufgabengebiet begriffen.

Der Bundesverband hat sich in der Angelegenheit der drohenden Verkleinerung des Kuratoriums der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« vorsorglich mit einem Schreiben an die Bundesregierung gewendet und in zahlreichen Gesprächen mit Abgeordneten und Verbandsvertretern darauf hingewiesen, dass eine Verkleinerung des Kuratoriums sowohl die Internationalität tangieren würde als auch dazu beitragen könnte, Vertreter von Opferorganisationen auszuschließen. Dagegen wendet sich der Verband entschieden.

Beim Petitionsausschuss des Bundestages wurde eine Petition des Bundesverbandes eingereicht, die die Entschädigung für die Unentschädigten anmahnt, stellvertretend sei auf die sowjetischen Kriegsgefangenen und die Italienischen Militärinternierten hingewiesen. In der Mitgliederversammlung wurde eine stärkere öffentliche Befassung mit dieser Petition angemahnt.

Bezüglich der Gleichstellung von NS-Verfolgten bei sozialen Leistungen mit Beziehern von Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz befinde sich der Verband, so Geschäftsführer Michael Teupen, in einer Sondierungsphase. Wie nicht anders zu erwarten, stoße dieses Thema auf erheblichen Widerstand, wobei das Kostenargument im Vordergrund steht. Michael Teupen: »Wir werden uns von der weiteren Verfolgung diese Ziels nicht abbringen lassen.«

Hilfen für Opfer des Kalten Krieges

Angestrebt werden gleiche Hilfen für im In- wie Ausland lebende ehemalige Ghetto-Arbeiter. Die Hilfe für die Überlebenden in Osteuropa und das Problem der Ghetto-Renten hängt zum Teil inhaltlich zusammen. Das geltende Rentenrecht lasse es nicht zu, Überlebenden in Osteuropa eine Rente für Ghetto-Opfer zukommen zu lassen. Hier bemühe sich der Bundesverband weiterhin intensiv. Zudem: Gleiche Bedingungen und Verhältnisse in einem Ghetto führten leider keineswegs zu gleichen Entscheidungen vor Gericht oder bei den Rententrägern.

Ein weiteres neues Thema führte auf der Mitgliederversammlung zu einem Beschluss: Die Opfer des NS-Regimes sollen nicht gegenüber ehemaligen politischen Häftlingen der DDR benachteiligt sein. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass noch immer nicht geregelt ist, die Opfer des NS-Regimes, die unter den Regierungen Adenauer/Erhard/Kiesinger inhaftiert und ihrer Unterstützung beraubt wurden, überhaupt zu entschädigen. Sie bekommen weder ihre Entschädigung aus der NS-Zeit nachgezahlt, noch wird ihnen eine Kompensation für die Zeit als politische Opfer des Kalten Krieges in Westdeutschland gewährt.

Wegen fehlender Mehrheiten konnte eine neue Satzung nicht verabschiedet werden, so dass auch keine Neuwahlen möglich wurden. Zum Herbst soll neu zu einer Mitgliederversammlung eingeladen werden. **U.S.**

VVN-BdA: Es darf keinen Schlussstrich geben

Verband fordert weitere Entschädigungszahlungen für Zwangsarbeiter

Ehemalige Zwangsarbeiter sollen auch weiterhin Entschädigungszahlungen erhalten. Das fordert die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes VVN-BdA.

Vor sieben Jahren hatten Bundesregierung und die von der Wirtschaft mit gegründete Stiftung »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« (EVZ) Entschädigungen beschlossen und nun das Ende der Zahlungen erklärt. Allerdings hätten sich nicht alle Unternehmen, die von der Zwangsarbeit profitierten, daran beteiligt, kritisierte VVN-Sprecher Ulrich Sander aus Dortmund im WDR. Außerdem seien ganze Gruppen von der Zahlung ausgeschlossen gewesen.

Bundessprecher Ulrich Sander erklärte weiter namens der VVN-BdA gegenüber dem WDR und dem NDR aus Anlass der Beendigung der Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter und der jüngsten Sitzung des Kuratoriums der Stiftung EVZ: »Es darf in der Entschädigungsfrage keinen Schlussstrich geben. Noch leben Hunderttausende nicht entschädigte Opfer, – und wenn sie nicht einmal eine symbolische Zahlung bekommen haben, so lag es nicht an ihnen. Mindestens eine halbe Million Opfer der NS-Zwangsarbeit gingen leer aus, weil sie ihren Antrag nicht rechtzeitig und nicht begründet vorlegen konnten, weil sie willkürlich zu ehemaligen Kriegsgefangenen erklärt wurden, die ebenso willkürlich von der Zwangsarbeiterentschädigung ausgeschlossen blieben oder weil sie in Hausarbeit und Landwirtschaft Sklavenarbeit verrichten mussten, die nicht entschädigt wurde.« Sander weiter: »Wir als Opferverband haben davor gewarnt: Das Geld würde nicht reichen, das von nur drei Prozent der zur Zahlung verpflichteten Betriebe aufgebracht wurde. Und das ist nun eingetreten.«

Mitbestimmung für die Opferverbände

Zu den Plänen, das Kuratorium EVZ zu Lasten der Opferverbände umzugestalten, sagte der VVN-BdA-Sprecher: »Das Kuratorium der Stiftung darf nicht eingeschränkt werden auf einen Kreis aus Wirtschaft und Regierung – es müssen die in- und ausländischen Opferverbände, die Gewerkschaften und die Bundestagsopposition unbedingt an der Mitbestimmung über die Entschädigungspolitik und Entschädigungsarbeit beteiligt bleiben bzw. werden.«

Die VVN-BdA fordert

- Alle Firmen, die nicht zahlten, müssen nachzahlen.
- Alle Opfer behalten ein Recht auf Unterstützung, z. B. durch Zahlungen für Medikamente, Kuren, Brillen und Begegnungsreisen mit der Jugend.
- Opfer, die leer ausgingen – wie z. B. italienische Militärinternierte oder sowjetische Kriegsgefangene – erhalten je 7500 Euro.
- Die überlebenden Opfer aus den Massakerortschaften in Griechenland und Italien werden entschädigt.
- Zwangsarbeiter/innen, die in besetzten Gebieten für deutsche Firmen arbeiten mussten, bekommen ihren Lohn nachgezahlt.

Der »Vorwärtsverteidiger«

Ein Staatssekretär hängt sich mächtig aus dem Fenster

Aus der Sendung des ARD-Magazins »kontraste« vom 7. Juni 2007: »Pfingsttreffen vom 'Kameradenkreis der Gebirgstruppe' im bayerischen Mittenwald. Veteranen der Wehrmacht und Bundeswehrsoldaten gedenken hier auch der Gebirgsjäger des Dritten Reiches. Die haben etliche Kriegsverbrechen begangen.«

Laut Kontraste »auch anwesend: Christian Schmidt, Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Der CSU-Mann hat offenbar kein Problem mit dieser Art von Traditionspflege. Im Gegenteil: Schmidt will sogar einen Fliegerhelden der Nazis wieder hoffähig machen: Werner Mölders.«

Über die Auseinandersetzungen um den »Legion-Condor«-Freiwilligen Mölders, der mithalf, spanische Dörfer dem Erdboden gleich zu machen, über das »Flieger-As«, das in Spanien seine Kriegskarriere begann, als Vorbild für Bundeswehrsoldaten und Namenspatron für ein Fluggeschwader und eine Kaserne (in Neuburg/Donau), haben wir in der *antifa* mehrmals berichtet. Diese Auseinandersetzungen führten schließlich dazu, dass der Name Mölders aus der »offiziellen« Traditionspflege der Bundeswehr gestrichen wurde und Kasernen- und Geschwadername geändert wurden.

Das möchte der Staatsekretär Schmidt jetzt gerne rückgängig machen. Und er hängt sich dafür mächtig aus dem Fenster. Mit Rückendeckung durch Verteidigungsminister Franz Josef Jung, wie zu vermuten ist. Beim Schulterschluss mit den Gebirgsjäger-Kameraden in Mittenwald stand ihm ebenfalls ein Parteifreund von Rang zur Seite: Der bayerische Staatsminister Thomas Goppel.

Vor dem Hintergrund der forcierten Aus- und Inlandseinsätze der Bundeswehr, die in Schmidts Ministerium geplant werden, hier nur nostalgische Kommisskköpfigkeit zu vermuten, greift wohl zu kurz. Die Devise scheint auch an der »Erinnerungsfront« wieder einmal »Angriff« zu lauten – oder, wie es in solchen Kreisen gerne heißt, »Vorwärtsverteidigung«.

Ernst Antoni

Staatssekretär Christian Schmidt vor Gebirgsjäger-Kameradschaft und Bundeswehr am Hohen Brendten. Bild: arbeiterfotografie.com/j.vogler

Wieder mal ins Zelt verbannt wurde die Mittenwalder Zeitzeugen-Veranstaltung: Marcella de Negri, deren Vater von Gebirgsjägern auf Kephallonia ermordet wurde, und Ernst Grube (VVN-BdA). Bild: H. Hanusa-Friedl

Landkreis Wolfratshausen

Antifaschistisches Jugendcamp

Vom 30. August bis zum 2. September 2007 initiiert der VVN-BdA-Kreisverband Landshut im Landkreis Wolfratshausen ein bayernweites antifaschistisches Jugendcamp.

Ziel des Camps ist es, Jugendliche der verschiedenen antifaschistischen Spektren einen Treffpunkt zu geben, Kontakte zu knüpfen und weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter für ein antifaschistisches Engagement zu gewinnen. Zur Teilnahme und Gestaltung sind alle antifaschistisch aktiven Jugendgruppen und Einzelpersonen aus dem gewerkschaftlichen, linken, autonomen, bürgerlichen und kirchlichen Spektrum herzlich eingeladen.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Lebenslanger Freigang für Onkel Sepp

Heinrich Schwarzmayr haben wir Pfingsten in Mittenwald auf der Demo gegen das Kriegsverbrechertreffen kennen gelernt. Er stand mitten unter uns, trug eine Trachtenjacke und ein Schild: »Mein Onkel Sepp«, es folgten kleingedruckte Zeilen.

Wir dachten schon, nun kommt da einer und will uns von der Unschuld eines armen alten Verwandten überzeugen. Doch dann lasen wir: »Mein Onkel Sepp, Josef S. aus Ottobrunn, ist wegen eines Massakers von Falzano zu lebenslänglicher Haft in Italien seit September 2006 verurteilt. Die deutsche Justiz hat diesen Mord an Zivilisten nie bearbeitet. Es gab keine Verurteilung. Es gab keine Verhandlung. Er wurde weder verurteilt, noch freigesprochen. Folglich ist Onkel Sepp ein lebenslänglicher Freigänger.«

Wir haben Heinrich Schwarzmayr einen Brief des Oberstaatsanwalts Ulrich Maaß von der Zentralstelle für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen bei der Staatsanwaltschaft Dortmund gegeben. Darin wird bekundet, dass Leute wie Herrn Schwarzmayrs Onkel in Deutschland ihre Strafe abzusitzen haben. Es bedarf des Antrags der italienischen Regierung und der Zustimmung der deutschen Justiz. Dafür wollen wir uns einsetzen.

Ulrich Sander

arbeiterfotografie.com/j.vogler

(Fortsetzung von Seite 3)

»Wir wollen«, so die Veranstalter, »Erfahrungen austauschen, Wissen vermitteln, Grundsätze und Standpunkte diskutieren sowie Ansätze gemeinsamer Aktivitäten erarbeiten. Damit wollen wir einen Beitrag zur Koordination breiter antifaschistischer Aktivitäten gegen das Auftreten der NPD anlässlich der Kommunal- und Landtagswahlen 2008 leisten.«

Geplant sind Gespräche mit Zeitzeugen über Verfolgung und Widerstand, zudem Podiumsdiskussionen, Informations- und Filmveranstaltungen, Referate und Workshops zu Fragen über aktuelle Kampagnen und künftige Aktionen – aber auch Spaß, Kultur und ein Konzert.

Kontakt und Informationen per E-Mail: antifajugendcamp@yahoo.de.

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der *antifa* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Juli:
Oskar Belohlawek, Penzberg, 86 Jahre; Luise Gutmann, Lappersdorf, 60 Jahre; Clara Schubert-Bös, München, 60 Jahre.

August:
Hilde Faul-Gerber, Nürnberg, 93 Jahre; Alice Bargel, Sipplingen, 96 Jahre; Marion Lehmicke, München, 60 Jahre.

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit der bayerischen VVN-BdA.
Unser Konto: VVN-BdA Bayern Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Redaktion: Ernst Antoni
Landesbüro der VVN-BdA Bayern,
Frauenlobstr. 24, 80337 München,
Tel.: (0 89) 53 17 86
Fax: (0 89) 538 94 64
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Auf die nächsten 60 Jahre!

Karin Friedrich gratuliert VVN zum Geburtstag

Karin Friedrich (neben Martin Löwenberg) bei der Festveranstaltung zum 100. Geburtstag von Lina Haag. Bild: Werner Rauch

Eine der schönsten Würdigungen im Lesebuch »60 Jahre Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« hat Karin Friedrich aus Gauting bei München geschrieben.

Als junge Frau aktiv in einer Berliner Widerstandsgruppe, war sie später jahrzehntelang Redakteurin der »Süddeutschen Zeitung« (und kümmerte sich da vor allem um die Belange ehemaliger Naziverfolgter und um Menschen in sozialen Nöten). In dem Buch »Zeitfunken. Biographie einer Familie« (Verlag C.H. Beck München, 2000) hat sie festgehalten, was ihr Leben prägte. Von der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem als »Gerechte unter den Völkern« ausgezeichnet, ist Karin Friedrich bis heute aktiv und mischt sich ein. Hier ihr Geburtstags-Glückwunsch an die VVN-BdA:

»'Bis 120!', wünschen jüdische Freunde anderen zum Geburtstag. Während der gute Wunsch sich zwar für biblische Patriarchen, für normale Sterbliche aber kaum erfüllt, traue ich der VVN das zu.

Ihre 60-jährige Geschichte als Bewahrerin der Erinnerung an Widerstand und Verfolgung und als nie ermattende Kämpferin gegen eine rechtsextreme Wiedergeburt beweist, dass sie noch lange nicht vergreist ist.

Wer im Januar 2007 in München die von der VVN ausgerichtete Feier zum 100. Geburtstag von Lina Haag miterleben konnte, ging erst recht bestärkt und frisch motiviert von dannen. Allein Lina zu sehen, umringt von jungen Menschen, alten Weggefährten aus dem Widerstand, überlebenden KZ-Häftlingen und Gesinnungsfreunden, war buchenswert.

Vor 67 Jahren hatte sie den Mut, in Berlin bis ins Allerheiligste des Sicherheitshauptamts an der Prinz-Albrecht-Straße vorzudringen und Heinrich Himmler direkt um die Freilassung ihres Mannes aus dem KZ Mauthausen zu bitten. Ihr Mann kam frei. Beide überlebten auch die spätere Leidensodyssee durch Gefängnisse und Lager.

Lina, die Humanistin, ist bis heute Kämpferin geblieben. Durch die Jahrzehnte im Gespräch mit der Jugend, immer neu sich empörend gegen Unrecht und Gewalt und höchst wachsam, wenn es darum geht, im eigenen Land dem bedrohlich anwachsenden Rechtsextremismus zu begegnen.

Für ihren Leitspruch 'Liberté – Egalité – Fraternité' hat vor 218 Jahren schon mein eigener Urahn in der Französischen Revolution gekämpft. Von diesem Geist war in Liedern, Reden und Debatten auch die Feier zu Linas Hundertstem getragen. Klingt das zu pathetisch? Lina als Galionsfigur der VVN? Nein, aber als einfaches Beispiel dafür, wie ein solches Leben in unserer nach »Werten« lechzenden Zeit junge Menschen mitreißen und ihnen Ziele setzen kann.

Das lässt hoffen – auch für die VVN. Also: Bis 120 und mehr!«

»60 Jahre VVN« gibt's im Büro der VVN-BdA Bayern für 5,- Euro plus Versand.

Neue AG zu Grundrechten

Je mehr Not desto kleiner Rechte

Eine Arbeitsgruppe der VVN-BdA München beschäftigt sich seit kurzem mit staatlichen Eingriffen in Grund- und Bürgerrechte und mit der Militarisierung nach Innen und Außen. Erstes Material zu diesen Themenfeldern hat sie bereits zusammengetragen.

Ziel der AG sei es, »dem Vorstand zuzuarbeiten für eine örtliche Informations- und Bildungsarbeit und eine bayern-/bundesweite Befassung mit dem Thema anzuregen«. Begründung: »Die VVN-BdA sieht mit Sorge die Zentralisierung des staatlichen Gewaltenapparates und die Erweiterung staatlicher Befugnisse. Es gehört mit zu den Lehren aus Faschismus und Krieg, wie die Nazis den kompletten staatlichen Gewaltenapparat übernehmen konnten und wie dieser Apparat vorbereitet und umgebaut wurde, um schließlich vollends kriegstauglich zu sein. Unsere Aufgabe ist es, uns verstärkt mit dieser Entwicklung zu befassen.« Die AG sucht weitere Aktive zum regelmäßigen Informationsaustausch, per E-Mail: notstandderrepublik@web.de.«

Als Einstieg in das Thema empfiehlt die AG die Broschüre »Je mehr Not, desto mehr Notstand« von Verdi München, mit Vorträgen von Ex-Innenminister Gerhart Baum und Rechtsanwältin Gabriele Heinecke auf einer Veranstaltung im Januar 2007.

Exemplare kosten 2 Euro. Zu beziehen über Verdi München, AK Aktiv gegen Rechts, Bayerstr. 69, 80335 München.

»Rüsselsheimer, bleibt eine anständige Stadt!«

Erfolgreiche Gegenveranstaltungen gegen die NPD

Gegen den für den 1. Mai in Rüsselsheim geplanten NPD-Aufmarsch konzipierten und organisierten DGB und Initiative gegen Rechts nahezu modellartig und überaus erfolgreich Gegenveranstaltungen.

Sie sollten eine größtmögliche Breite erreichen, um so möglichst große Teile der Stadtbevölkerung gegen die Neonazis in Stellung zu bringen und den Neonazis deutlich zu machen, dass sie hier unerwünscht sind und nichts erreichen können.

So gelang es, große Teile der Gesellschaft der Stadt Rüsselsheim für eine Mitwirkung an den Anti-Nazi-Aktivitäten zu gewinnen. Weit über 60 Vereine, Gruppen und Organisationen beteiligten sich an politischen, kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten der verschiedensten Art auf fünf Plätzen der Rüsselsheimer Innenstadt.

Auf der zentralen Anti-Nazi-Kundgebung mit rund 3000 Teilnehmern auf dem Bahnhofsplatz repräsentierten die sechs Rednerinnen und Redner die Breite des Anti-Nazi-Bündnisses, wenn auch in diesem Fall eine Repräsentanz des linken politischen Antifaschismus fehlte.

Blick auf die 3000 Teilnehmer der Anti-NPD-Kundgebung in Rüsselsheim.

Bild: H. Zinkeisen

Beifall für Ex-Minister Blüm

Nahezu frenetischen Beifall erhielt Norbert Blüm, als er ausrief: »Wir brauchen kein braunes Pack.« Der Ex-Arbeitsminister und Sohn der Stadt Rüsselsheim erklärte weiter, Deutschland sei im Jahre 2007 schlauer als 1933 – »damals haben sich die Menschen noch damit herausreden können, nichts gewusst zu haben. Doch wer heute den braunen Verführern hinterher läuft, ist entweder saublöd, saudumm oder ein Verbrecher.« Jeder müsse heute wissen, was Faschismus bedeute. Zum Schluss rief er: »Rüsselsheimer, bleibt eine anständige Stadt!«

Antifa in Kassel:

Nazis gibts hier nicht? Doch!

Das Kasseler Bündnis gegen Rechts setzte Mitte Mai mit einem »antifaschistischen Stadtspaziergang« ein politisches Zeichen gegen zunehmende Aktivitäten nordhessischer Neonazis. Die Idee war, nicht immer nur auf provokative Aufmärsche von Neonazis zu reagieren, sondern der sich entwickelnden Naziszene die Räume enger zu machen.
Gründe dafür gibt es genug. Seit einigen Jahren existiert in der Kasseler Innenstadt ein Geschäft, in dem die vollständige Ausstattung für den szenetypischen Dress-Code zu erwerben ist. Seit Ende 2006 konzentriert sich in Kassel die Führungsriege der »Jungen Nationaldemokraten (JN)«. Der stellvertretende Landesvorsitzende Mike Sawalich, der Ordnungsdienstleiter Manuel von Berg und der »Beauftragte für Neue Medien« Chri-

(Fortsetzung auf Seite 6)

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

VVN-BdA bald auch in Brandenburg

Landesverband vor der Gründung

Im Land Brandenburg arbeitet eine Initiativgruppe von Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Potsdam, Frankfurt (Oder), Brandenburg an der Havel und Forst an der Gründung eines Landesverbandes Brandenburg der VVN-BdA.

Wenig positive Entwicklungen in der Vergangenheit schufen Barrieren, die nur schwer zu überwinden sind. Mit der Bildung eines Landesverbandes der VVN-BdA soll ein überparteilicher Zusammenschluss von Verfolgten des Naziregimes, Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern, Antifaschistinnen und Antifaschisten aller Generationen im Land Brandenburg geschaffen werden.

Er soll offen sein für alle, die jede Form von Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und Militarismus ablehnen und für friedliche, demokratische und humane Verhältnisse, für eine menschenwürdige Zukunft eintreten.

Gültiges Leitmotiv für den Anspruch, antifaschistische Arbeit im Land Brandenburg zu organisieren, zu bündeln und zu koordinieren, ist über Trennendes hinweg der Kerngedanke des Schwurs von Buchenwald: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«

In Übereinstimmung mit den Zielen der Bundesvereinigung VVN-BdA soll der zu bildende Landesverband die Erfahrungen und das Vermächtnis der Verfolgten, der Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer mit dem Engagement der nachfolgenden Generationen verbinden.

Vom zu bildenden Landesverband werden Impulse erwartet, wirksamer als bisher, koordiniert und offensiv Antifaschismus insbesondere für jüngere Generationen erlebbar zu machen und dem zunehmenden neofaschistischen Druck begegnen zu können.

Wir wollen uns auf die Wurzeln antifaschistischer Zusammenarbeit besinnen, die vor sechzig Jahren zur Gründung einer gesamtdeutschen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes führte und zu einem anerkannten gesellschaftlichen Partner werden. Die Gründung der VVN-BdA Brandenburg plant die Initiativgruppe für September in Potsdam.

Gerhard Hoffmann

Ignatz Bubis – Ein jüdisches Leben in Deutschland

Ausstellung über den Frankfurter Juden und Politiker im Jüdischen Museum

Ein jüdisches Leben in Deutschland wäre faszinierend und schockierend genug, wenn es im engeren Sinne »nur« um das Lebensbild eines Frankfurter Juden ginge. Aber die Ausstellung Ignatz Bubis handelt zudem vom langjährigen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Frankfurts – der später Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland wurde.

Als solcher setzte er ab 1992 Schwerpunkte in der deutsch-jüdischen Nachkriegsgeschichte und prägte damit Politik und Gesellschaft. Bubis gelang es, anders als seinen Vorläufern, durch öffentliches Engagement und seine einzigartige Medienpräsenz das Faktum »Juden in Deutschland« bewusst zu machen. Er verkörperte die jüdische Gemeinschaft fast im Alleingang – die ausgestellten Terminkalender geben davon einen Eindruck. Zum immer problematischen Selbstverständnis jüdischer Deutscher oder Juden in Deutschland sagte er einmal: »Ich würde mir wünschen, dass der Satz: Ich bin ein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens einmal für viele in Deutschland lebende Juden selbstverständlich wird. Und ich wünsche mir, dass die nicht jüdischen Deutschen ihn zunehmend akzeptieren. Aber ich weiß, dass es noch einige Generationen dauern kann, bis das gelingt. Bis dahin leben meine Familie und ich als Juden in Deutschland.«

Zunächst hatte Anfang der siebziger Jahre der Häuserkampf im Westend ein Negativbild von Ignatz Bubis geprägt: Er stand als Immobilien-Spekulant im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen um seine besetzten Häuser, er bekannte sich als Spekulant, wehrte sich aber zugleich dagegen, als jüdischer Spekulant bezeichnet zu werden: »Ich habe keine Angst, wenn mich jemand Spekulant nennt, nur jüdischer Spekulant, da habe ich ein Problem.«

Damit war das große Thema angeschlagen, das ihn bis zu seinem Tode 1999 umtrieb und ihn zum Mittelpunkt steter Konflikte werden ließ: Antisemitismus. Nachdem er sich bereits in der Debatte um die Verjährung nazistischer Verbrechen öffentlich engagiert hatte, wurde seine Rolle bei der »Fassbinder-Kontroverse« zu einer Zäsur in der deutsch-jüdischen Nachkriegsgeschichte. Bubis und die jüdische Gemeinde verurteilten Rainer Werner Fassbinders Bühnenstück »Der Müll, die Stadt und der Tod« als antisemitisch, verlangten seine Absetzung und blokkierten schließlich die Aufführung am Frankfurter Schauspiel. Eine heute schwer vorstellbare, in der Ausstellung eindrucksvoll dokumentierte öffentliche Auseinandersetzung um »subventionierten Antisemitismus« auf der einen und Beharren auf Freiheit der Kunst auf der anderen Seite erregte und polarisierte die Stadtgesellschaft und ging durch die internationalen Medien.

Erinnerung an die Fassbinder-Kontroverse

Ignatz Bubis bei einer Gedenkveranstaltung für die drei ermordeten türkischen Opfer des Brandanschlags in Mölln am 23. November 1992.

Bild: Katalog/dpa

Wo bleibt der Aufschrei?

Ignatz Bubis verkörperte wie kein anderer den starken Anspruch der Juden in Deutschland, politisch mitzureden und mitzuwirken. Er verurteilt in der Öffentlichkeit die fremdenfeindlichen Anschläge in Lichtenhagen, Solingen, Mölln, begibt sich an die Orte der Verbrechen, nimmt demonstrativ an Mahndemonstrationen teil, fordert die Bekämpfung rechtsradikaler Gewalttaten und fragt: Wo bleibt der Aufschrei?

Bis heute nicht gelöst und bewältigt sind die Konflikte der »Walser-Bubis-Debatte«, die in der Ausstellung ausführlich dokumentiert ist. Ausgangspunkt war Martin Walsers Friedenspreis-Rede in der Frankfurter Paulskirche, die Bubis zu dem Vorwurf »geistige Brandstiftung« führt: Walser habe die »Instrumentalisierung von Auschwitz« und die ständige Thematisierung von Auschwitz als »Moralkeule« kritisiert. Die sehr diffizilen und differenzierten Diskussionen bis hin zum Frankfurter FAZ-Gespräch zeigen Bubis schließlich als konzilianten Gesprächpartner, der am Ende den Vorwurf der »geistigen Brandstiftung« zurück nimmt.

Peter Altmann

Die Ignatz-Bubis-Ausstellung im Jüdischen Museum Frankfurt, Untermainkai 14-15, läuft bis 11.11.2007, geöffnet Dienstag-Sonntag, 10-17 Uhr, Mittwoch 10-20 Uhr, Montag geschlossen.

Nazis gibt's hier nicht?

(Fortsetzung von Seite 5)

stian Wiegand wohnen in Kassel. Seit einiger Zeit reagieren sie mit politischen Provokationen auf antifaschistisches Engagement in Kassel, beispielsweise auf den Gedenkmarsch anlässlich der Reichspogromnacht im November 2006. Sie provozieren bei Infoständen linker Gruppen und tauchen in den letzten Wochen bei einer abstrusen »Montagsdemo« auf, auf der ein Peter Pawlak über die Legalität einer »Reichsregierung« schwadroniert. Gleichzeitig besteht von dieser JN-Gruppe ein enger Kontakt zu »freien Kameradschaften«, die in Kassel den – gescheiterten – Versuch einer »Anti-Antifa«-Internetplattform machten. Als auf deren Website einzelne Antifaschisten in Form von Steckbriefen denunziert wurden, wurde Strafanzeige erstattet und die Seite mit Hilfe der Justiz abgeschaltet. Damit ist aber das Problem nicht beseitigt.

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (0 69) 5 97 05 24.

Antifaschisten gegen »Moscheegegner«

Trotz internationaler Unterstützung: »Pro Köln« bot schwaches Bild

»Pro Köln« hat derzeit wenig Glück: Knapp drei Wochen nach dem Debakel einer Bürgeranhörung über den Neubau der Moschee in Köln-Ehrenfeld war auch ihr Schweigemarsch durch Ehrenfeld, trotz Unterstützung aus Belgien und Österreich, für die Rechten kein Erfolg. Lediglich 150 bis 200 Teilnehmer/innen, wenige davon aus Ehrenfeld, zogen am Vormittag des 16. Juni über die Vogelsanger Straße.

Augenzeugen berichten, ein Teil der Teilnehmer stammte aus den Reihen der NPD. Anziehungskraft übte der Aufruf der sogenannten Kölner »Bürgerbewegung« offenbar auch auf das militante Spektrum aus: Nach Polizeiangaben fast 200 »autonome Nationalisten« aus dem Ruhrgebiet waren der Einladung von Manfred Rouhs und anderen gefolgt. Die Polizei erteilte ihnen Platzverweise.

Doch besser klappte die Mobilisierung bei den demokratischen Kräften, die der rechten Hetze entgegen treten wollten. Unter dem Motto »Den rassistischen Konsens durchbrechen – Wegsehen war schon immer Scheiße!« hatte sich die Demonstration antifaschistischer Gruppen und Schülergruppen am Hans-Böckler-Platz gesammelt und war von dort gestartet.

Kein Wegsehen: Gegen Kulturkampf und Rassismus wurde am 16. Juni in Köln mobil gemacht. Bild: A. N.

Bereits nach kurzer Zeit löste sich der Zug wegen der polizeilichen Restriktionen auf. Dennoch gelang es einigen Antifaschisten trotz aller Polizeisperren, an den Demonstrationsweg von »pro Köln« zu gelangen und ihren Missmut deutlich zu artikulieren.

Auf dem Neptunplatz, auf dem eine von Bezirksbürgermeister Josef Wirges und DGB-Chef Wolfgang Uellenberg-van-Dawen initiierte Kundgebung eines breiten Bündnisses stattfand, versammelten sich ab 11 Uhr rund 600 Teilnehmer, um ihren Protest gegen Rassismus, Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Die Abschlusskundgebung fand dann am Mahnmal an der Bartholomäus-Schink-Straße, wo unter anderem der ehemalige Edelweißpirat Jean Jülich, Mitkämpfer von Bartholomäus Schink, sprach.

(Fortsetzung auf Seite 8)

An Ort und Stelle gegen NPD handeln

Mehrere Bündnisse stellten sich in Frankfurt/Main den Nazis entgegen

Die NPD hatte für den 7. Juli zu einer Großdemonstration in Frankfurt aufgerufen. Bei Redaktionsschluss des *antifa*-Landesteils war nicht bekannt, ob es gelang, den NPD-Aufmarsch zu verhindern.

Im Vorfeld des 7. Juli hatten zahlreiche Organisationen und Initiativen dazu aufgerufen, gegen die NPD Stellung zu beziehen – mit sehr unterschiedlichen Aktivitäten.

Römerbergbündnis: »Deutliches Zeichen setzen!«

Eher verhaltend rief das Römerbergbündnis zu einer Kundgebung auf dem Römerberg auf: »Für unsere weltoffene Stadt – keine NPD-Demonstration am 7. Juli 2007 in Frankfurt am Main ... Unsere Initiative ist ein Bekenntnis zu einem kulturell lebendigen und vielfältigen Frankfurt. Wir erteilen jeglicher Form von Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eine klare Absage. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sind sich der gemeinsamen Verantwortung für unsere Stadt bewusst. Wir setzen mit der Kundgebung des Römerbergbündnisses am 7. Juli 2007 auf dem Römerberg ein deutliches Zeichen, dass in Frankfurt am Main kein Platz für Neonazis ist, auch nicht für einen Aufmarsch der NPD.«

Zu den Unterzeichnern gehören die christlichen Kirchen, die jüdische Gemeinde, der Frankfurter Jugendring, der DGB, die Stadt Frankfurt und die demokratischen Parteien.

Anti-Nazi-Koordination und Autonome: »Neonazies vor Ort blockieren!«

Entschieden kämpferischer rufen die Antinazikoordination (zu der auch die VVN zählt) und autonome Antifa-Gruppen zu aktiver Gegenwehr auf: »Ein deutliches Zeichen setzen ist gut aber nicht genug. Wir stellen uns den Nazis in den Weg! Verhindert gemeinsam mit uns den Nazi-Aufmarsch am 7. Juli in Frankfurt! ... 20001, 2002 und 2003 versuchten Nazi-Aktivisten aus dem Bereich der Freien Kameradschaften ihre zum Teil bundesweit beworbenen Demonstrationen in Frankfurt durchzuführen – sie wurden blockiert und scheiterten. Dabei soll es auch 2007 bleiben. Wir wollen im alltäglichen Leben unserer Stadt ein Klima gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus schaffen. Wir fordern den Magistrat auf, ein Verbot der Nazidemonstration zu erwirken, das Bestand hat. Sollte eine Demonstration der NPD und ihrer Schlägertrupps dennoch erlaubt werden, müssen wir sie vor Ort blockieren. Wir rufen alle auf, am 7. Juli gemeinsam mit uns aktiv zu werden: Lasst uns den Nazis dort entgegen treten, wo sie demonstrieren wollen!«

Zu den Unterzeichnern gehören: attac, ASTA FH, GEW, IG Metall, Ver.di Hessen, Friedens- und Zukunftswerkstatt, VVN-BdA, StadtschülerInnen Rat, Türkisches Volkshaus.

Kommentar im Mantel, Seite 12

Antifaschisten gegen »Moscheegegner«

(Fortsetzung von Seite 7)

Für eine Kuriosität am Rande sorgte der Kölner Autor und Publizist Ralph Giordano, der mit seinen massiven, einen Kulturkampf provozierenden Auftritten gegen den geplanten Neubau der Moschee und die in Deutschland lebenden gläubigen Muslime, nicht wenig Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten geleitet hatte. Er beschwerte sich, dass diese seine Worte »Es gibt kein Grundrecht auf den Bau einer Großmoschee« als Fronttransparent mit sich führten.

Abschluss an der Bartholomäus-Schinck-Straße. Bild: A. N.

Alles in allem kann man nach den Aktionen am 16. Juni in Ehrenfeld den Schluss ziehen, dass es sich immer noch lohnt, gegen rechte Aufmärsche die Öffentlichkeit mobil zu machen. In Zukunft sollte allerdings von allen Beteiligten darauf geachtet werden, die vorhandenen Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten zu stellen. **tri**

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (02 02) 45 06 29
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28 212-435, BLZ 360 100 43

1. Mai der Nazis hat Nachspiel

Dortmunder Gewerkschafter planen Tribunal

Trotz Ferienzeit will das Bündnis Dortmund gegen Rechts im Juli arbeiten. Thema eines Treffens im Juli im Reinoldinum am Schwanenwall soll u.a. die Vorbereitung eines Tribunals wegen der Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Naziszene am 1. Mai sein.

Grundlage der Vorbereitungen ist auch ein Offener Brief von Verdi Dortmund an die Stadt, die Stadtwerke und den Polizeipräsidenten. Darin heißt es: »Immer wieder wurden die Dortmunder Bürger durch ständige Naziaufmärsche provoziert und die Opfer des deutschen Faschismus in unerträglicher Weise verunglimpft. Unter dem massiven Schutz hunderter, oft auch tausender Polizeibeamter wurde dafür gesorgt, dass den ‘Damen und Herren Faschisten’ auch nicht ein Härchen gekrümmt wurde.«

Höhepunkt dieser Vorgänge war dann am 1. Mai 2007, »unserem Feiertag«, so Verdi: Statt eines Verbots der Naziprovokation gab es »Tausende Polizeibeamte, die mit den neuesten technischen Hilfsmitteln und unter Zuhilfenahme von martialisch wirkender Ausstattung eine ganze Stadt in eine Art Belagerungszustand verwandelten.« Als dann Hunderte von angereisten Faschisten fest saßen und blockiert waren, weil Tausende Dortmunder Bürger protestierten, »da wird auch noch aktive Demonstrationshilfe durch Polizei und Dortmunder Stadtwerke geleistet! Fassungslos mussten wir nach dem 1. Mai zur Kenntnis nehmen, dass die Polizei nicht nur im Vorfeld dafür sorgte, dass der geplante Aufmarschraum der Nazis weiträumig abgesperrt und gegen den Protest der Bürger ‘gesicher’ wurde. Hunderte von NPD-Mitgliedern und andere Faschisten wurden mit Bussen der Dortmunder Stadtwerke auf Initiative und mit Hilfe der Dortmunder Polizei sicher zu ihrem geplanten Aufmarschort chauffiert.« Außerdem hat die Polizei den Kundgebungsort der Nazis gereinigt und alle antifaschistischen Plakate der Dortmunder Schülerinnen und Schüler von der Wegstrecke entfernt.

Verdi weiter: »Dies ist wie eine Ohrfeige in das Gesicht tausender Dortmunder Gewerkschafter.« Abschließend: »Der 1. Mai ist und bleibt der internationale Kampftag der Arbeiterbewegung. Es ist unser Tag! Wir werden uns aber mit einer solchen Praxis nicht abfinden. Wir verlangen Konsequenzen für die skandalöse Entscheidung der Verantwortlichen. Wir sagen, bereits heute mit Blick auf die kommenden Landtags- und Kommunalwahlen: ‘Augen auf gegen Rechts! Unsere Stadt hat Nazis satt!’«

D.K.

Landeskonferenz demonstriert gegen Revanchismus

Begünstigung der Neonazis durch NRW-Polizei verurteilt

Eine »Antifaschistische Landeskonferenz« haben Gruppen und Initiativen aus ganz NRW aus Anlass des 8. Mai, Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus, am 5. Mai 2007 in Leverkusen veranstaltet.

Die Teilnehmer aus vielen Städten des Landes, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Organisationen, Parteien und Glaubensbekenntnissen angehörten, diskutierten Maßnahmen gegen rechts, für Widerstand gegen Schäubles Grundrechteabbau und gegen Bundeswehreinsätze im Innern durch eine neue Reservistenarmee. In einer Demonstration durch den Stadtteil Manfort, in der Mittagspause, machten sie ihre Ablehnung gegen extrem rechte Tendenzen und neofaschistischen Terror deutlich und verurteilten den Revanchismus der »Preußischen Treuhand«, indem sie vor dem Wohnhaus des »Treuhand«-Chefs Rudi Pawelka (CDU) dessen Pläne für den Raub von Gebieten in Polen anprangerten.

Wie Staat und Gesellschaft den Boden für die Existenz und das Anwachsen des Neofaschismus bereiten, das war Gegenstand des Hauptreferats »Rosen auf den Weg gestreut«, das Richard Gebhard aus Aachen hielt. Die Polizeiaktion vom 1. Mai in Dortmund habe gezeigt, wie der Staat immer mehr zum Helfershelfer für die Rechten werde.

Viele Teilnehmer berichteten von erfolgreichen Aktionen in ihren Städten, um den Appell an die Bundestagsabgeordneten, ein neues NPD-Verbotsverfahren einzuleiten, bekannt zu machen. (http://www.npd-verbot-jetzt.de/). Die Konferenz forderte die Kommunalpolitiker in NRW auf, dem Beispiel anderer Kommunalpolitiker zu folgen und den Appell zu unterstützen.

In einem Beitrag stellte der Bundessprecher der VVN-BdA, Ulrich Sander, fest, dass die Militarisierung des Landes mit dem neuen Reservistenkonzept und der inneren »Zivil-Militärischen Zusammenarbeit« einen neuen Stand erreicht. Viele Tausend ehemalige Soldaten werden darin zusätzlich einbezogen. Die Folge sei eine Instrumentalisierung der Bundeswehr zum Einsatz im Innern sowie die ideologische reaktionäre Beeinflussung der Bevölkerung.

Seit 1999 werde behauptet, »man müsse Krieg führen, um ein Auschwitz nicht wieder zuzulassen.« Es gelte jedoch, »die Verpflichtung ‘Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus’ mit ihren beiden Seiten wieder herzustellen.« Und schließlich: »Wir müssen die sozialen Kämpfe wieder mit der Friedensfrage verbinden und das heißt: Runter mit der Rüstung!«

M.D.

Strategien gegen Rechts

150 tagten auf Kongress »Zivilcourage gegen Nazis« in Münster

Am 9. Juni tagten mehr als 150 Teilnehmer aus Westfalen auf dem Kongress »Zivilcourage gegen Nazis! – Wie macht man das?!?« im Rathaus zu Münster. Schirmherr war OB Berthold Tillmann, prominentester Redner der Paderborner Historiker und Soziologe, Professor Arno Klönne.

In verschiedenen Arbeitsgruppen wurde über Themen wie »Die intellektuelle Rechte«, »Weibliche Nazis« oder »Neofaschistische Aktivitäten« diskutiert. Ziel des Kongresses war neben der Information auch, die Kommunikation zu verbessern und Aktivitäten zu koordinieren, Netzwerke gegen den Rechts zu bilden. Tipps für den aktiven Widerstand gegen Nazis gab es etwa in den Workshops »Demo leicht gemacht« und »Wortergreifungsstrategien«, was den Umgang mit dem öffentlichen Auftreten der Neonazis betraf. Eine Ausstellung gab unter anderem Auskunft über Rassismus und Antisemitismus, die Asyldebatte und das Spektrum rechter Gruppierungen.

Verabredet wurde ein Netzwerk gegen Neofaschisten für Westfalen und der Aufbau einer Internet-Seite www.muenster-gegen-nazis.de, die über die regionalen Aktivitäten des Neonazismus wie über Aktivitäten gegen Rechts informiert. Die Organisatoren, darunter die VVN-BdA, zogen eine erfolgreiche Bilanz.

Arno Klönne riet, die neuen Felder des heutigen Faschismus im Blick zu behalten.

Bild: jgn

Im Schlussplenum wurde vereinbart, die regionalen Aktivitäten gegen Nazis fortzusetzen und auch bundesweit Erfahrungen auszutauschen. Etliche Aktive aus dem Kreis Steinfurt beispielsweise haben sich auf dem Kongress kennen gelernt, und sie vereinbarten gegenseitige Unterstützung sowie gemeinsame Projekte insbesondere gegen die NPD und ihren Versuch, bei der Kommunalwahl 2009 im Landkreis Fuß zu fassen. Für Münster, stellte Bündnissprecher Carsten Peters (GEW und Grüne) in der Schlussrunde fest, werde die Auseinandersetzung mit der nach Presseberichten in Gründung befindlichen extrem rechten Initiative „Pro Münster" ein wichtiges Themenfeld sein. **U.S./M.Z.**

Kirchentag in Köln

2500 Unterschriften gegen NPD

»Unsere Beteiligung am Evangelischen Kirchentag in Köln war erfolgreich«, berichtete Landesgeschäftsführer Jürgen Schuh. Die Bilanz von drei Tagen Einsatz am Infostand der VVN-BdA: 2500 Unterschriften für die Kampagne nonpd und Tausende Kontakte. Auch das Zeitzeugengespräch mit Henny Dreifuss und VVN-Vorsitzendem Heinrich Fink stieß auf Interesse. Jürgen Schuh: »Bedanken möchten wir uns bei allen Helfern, insbesondere bei den Kölner und Düsseldorfer Kameraden, die den wesentlichen Beitrag leisteten.«

Keine Verfassung des Militärs

Aachener Verbände zum EU-Grundlagenvertrag

»Für ein Europa der Gerechtigkeit, des Friedens und der Nachhaltigkeit« – mit der so überschriebenen Erklärung greifen zahlreiche fortschrittliche Vereine Aachens in die gegenwärtige »EU-Verfassungsdiskussion« ein.

Sie werde besonders von Kanzlerin Angela Merkel mit ihren Plänen für einen Grundlagenvertrag vorangetrieben. Der Aachener Friedenspreis e. V., das Antikriegsbündnis, Attac, DGB, Grüne Jugend und VVN-BdA, alle aus Aachen, setzen klare Kriterien:

»Ein neuer Verfassungstext muss dem Neoliberalismus entgegentreten, die Militarisierung der EU beenden, ihre Demokratiedefizite abbauen, soziale Gerechtigkeit schaffen, Armut überwinden, ökologisches Verhalten und nachhaltige Energiepolitik vorgeben, die Grund- und Menschenrechte sichern und ausweiten.« Merkels Bemühungen stellten einen erneuten Versuch dar, »an den Menschen in der EU vorbei die bereits im gescheiterten Verfassungsvertrag formulierte neoliberale Wirtschaftspolitik und die Militarisierung der europäischen Gemeinschaft festzuschreiben. Diese Vorgehensweise lehnen wir entschieden ab.« **D.P.**

Düsseldorfer VVN-BdA trauert um Hermann Laupsien

Im Alter von 97 Jahren verstarb Hermann Laupsien.

Seine Düsseldorfer Freunde, Kameraden und Genossen erklärten: »Wir trauern um einen guten Freund, einen standhaften Antifaschisten und Kommunisten, der Zeit seines Lebens seiner tiefen humanistischen Gesinnung treu geblieben ist.«

Der gelernte Werkzeugmacher und Gewerkschafter arbeitete bis zu seiner Verhaftung am 21. März 1933 als Redakteur bei der Zeitung »Westdeutscher Arbeitersport«. Die SS verhaftete ihn kurz vor Beginn einer illegalen Sitzung der Landesleitung der KPD, der »KG für Rote Sporteinheiten«.

Am 1. August 1933 verschleppten sie ihn ins KZ Börgermoor. Nach seiner Entlassung organisierte er in Düsseldorf die illegale Herstellung kommunistischer Zeitungen. Am 5. Oktober 1934 wurde Hermann erneut verhaftet und zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, bis zum 5. Oktober 1939 blieb er inhaftiert. Im September 1940 nimmt ihn die Gestapo nochmals fest.

Doch Hermann Laupsien überlebte die faschistische Diktatur. Er gehörte nach 1945 zu den Gründern der VVN in Düsseldorf und blieb der Organisation der Verfolgten des Naziregimes bis an sein Lebensende aktiv verbunden. So wie 1933 gehörte Hermann Laupsien auch beim Naziaufmarsch 2000 zu jenen, die dazu aufriefen, den Neonazis in Düsseldorf den Weg zu versperren. Dem Förderkreis der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf gehörte er als Ehrenmitglied an. Eines seiner letzten Anliegen war dort, das Buch »Es war ein langer Weg« seines Freundes und Mithäftlings Rudi Goguel (des Tonsetzers des »Moorsoldatenliedes«) aus dem KZ Börgermoor neu zu veröffentlichen. **J.Sch.**

Wenn wir schon von Mord sprechen

Peggy Parnass über Täter und Opfer in der Debatte um Entlassung von Christian Klar

Im Anschluss an den Dokumentarfilm über ihre Gerichtsreportagen berichtete Schauspielerin und Publizistin Peggy Parnass am 17. Juni im Metropolis-Kino von den besonderen Umständen ihres Gastbeitrages für den »Stern«. Ein kleines Lehrstück für die Besucherinnen und Besucher der Kinoreihe »Täter – Opfer – Widerstand«. Obwohl Peggy Parnass' Kolumne nur in der Onlineausgabe, nicht jedoch in der Printausgabe zur »Geschichte der RAF« erschien, führte der Beitrag zu wütenden Reaktionen: »Vergangen ist vergangen« und »die RAF habe einen Rechtsstaat bekämpft«, so die häufig geäußerten Vorwürfe.

Unterschlagen wird dabei aber, dass eine ganze Generation, die Generation der Nazitäter, straffrei ausging und im Staat Karriere machte. Das ist nicht lange her und gehört keiner anderen Epoche an. Der von Peggy Parnass beobachtete Maidanek-Prozess fand nur drei Jahre vor der Urteilsverkündung in Stuttgart-Stammheim gegen Christian Klar und Brigitte Monhaupt zu einem Ende. Wir bedanken uns bei Peggy Parnass für die Erlaubnis zum Nachdruck ihrer Originalfassung.

Peggy Parnass am 10. September 1988 auf einer VVN-Kundgebung vor dem Hamburger Justizgebäude. Bild: VVN-Archiv

Die KZ-Aufseherin Hermine Ryan wurde 1981 wegen 1181-fachen Mordes zu einmal lebenslänglich verurteilt. Der RAF-Terrorist Christian Klar will nach 24 Jahren aus der Haft raus. Zu Recht. Denn noch immer kommt es darauf an, wen man ermordet hat.

Ein Gnadengesuch. Und eine Hysterie fast wie damals in den 70er Jahren. Wieder drehen viele durch, in all den Diskussionen für oder wider Gnade für Christian Klar. Überwiegend heißt es: »Auf keinen Fall darf dieser Mörder, dieser Massenmörder, nach nur 24 Jahren freikommen.« Er habe ja nur noch zwei Jahre zu sitzen, was gebe es da zu diskutieren, sagen die Leute. Sie betonen, dass dieser Mann doch gefährlich sei. Selbst Freunde von mir. »Er hat ja nicht einmal bereut, wenn er wenigstens sein Bedauern ausgedrückt hätte.« Ja natürlich, er hätte heucheln können, das ist ja die leichteste Übung. »Oh, wie furchtbar, was habe ich getan in meiner Jugend, in meiner Dummheit, in meiner Verblendung. Was habe ich angerichtet? Oh, was habe ich verbrochen?« Ja, das wäre sehr einfach.

Aber Christian Klar hat schon vor zehn Jahren in der Süddeutschen Zeitung gesagt, dass es kein Zurück zum bewaffneten Kampf geben werde, auf keinen Fall. Und im Spiegel sagte er, er bedaure das Leid der Familien. Die arme, beklagenswerte Witwe Schleyer. Ja, die beklagenswerte, greise Witwe von Hanns Martin Schleyer! Die unglückliche Frau. Die Arme.

Meine Mutter war keine zu bedauernde, greise Witwe. Konnte sie auch nie werden. Denn sie wurde zusammen mit Pudl, ihrem Mann, meinem Vater, vergast. So wie fast 100 andere enge Verwandte von uns. Also die Großeltern, Tanten, Onkel, Vettern, Cousinen – alle weg. Man spricht von der Erbengeneration, zu der gehören wir nicht. Denn alle, von denen wir vielleicht hätten erben können, wurden ermordet. Und haben nichts hinterlassen. Denn alles, was sie vorher hatten, wurde ihnen von den Deutschen geklaut.

Frau Schleyer hatte sicher sehr gute Jahre mit ihrem Mann, für sie gute Jahre. In Lidice, in Böhmen,

(Fortsetzung auf Seite 11)

Rundgänge – Feste – Filme –Veranstaltungen: Hamburger VVN-Termine im Sommer

Sonntag, 15. Juli
Fenster zu – es wird geschossen
Stadtteilrundgang durch Altona: »Die Eroberung der Straße« durch die Nationalsozialisten zu Beginn der 1930er Jahre. Eine Veranstaltung des Statteilarchivs Ottensen.
11.00 Uhr, Alma-Watenberg-Platz

Samstag, 4. August
Sommerfest in Heideruh
Die Verfolgten des Nazi-Regimes in der VVN sind deutlich älter als ihr Verband: Mehr als 60 Jahre kämpfen sie gegen Nazis und für eine neue friedliche Welt. Wir wollen das Sommerfest in Heideruh auch zur Ehrung unserer Gründungsmitglieder nutzen. Kosten der Busfahrt für alle »Nachgeborenen« 10 Euro, für Kaffee-, Kuchen sowie Grillteller 12 Euro.
Abfahrt: 13.00 Uhr, Dammtor (Moorweide, neben Shell)

Samstag, 18. August
Öffentliche Gedenken an die Opfer der Euthanasiemorde
Am 16. August 1943 wurden aus den Alsterdorfer Anstalten und dem Psychiatrischen Krankenhaus Ochsenzoll 300 Frauen und Mädchen nach Wien deportiert. Aus diesem Grund hat die Kreisvereinigung Altona die Initiative zu einer Gedenkveranstaltung ergriffen.
15.30 Uhr, Friedhof Ohlsdorf, Geschwister-Scholl-Ehrenfeld.

Sonntag, 26. August
Paragraph 175
Im Rahmen der antifaschistischen Filmreihe von VVN und Metropolis-Kino zeigen wir die Dokumentation von Rob Epstein und Jeffrey Friedmann (USA 1999). Der Film erzählt die Lebensgeschichte von fünf Frauen und Männern, die die Nazis wegen ihrer Homosexualität nach § 175 verfolgten.
17.00 Uhr, Metropolis, Dammtorstr. 30a

Sonntag, 2 September
Altonaer Blutsonntag
Stadtrundgang an den Orten des Nazimarsches durch Altonas Arbeiterquartiere. Im Gedenken an die Opfer und die politische Bedeutung der Ereignisse von 1932 folgt die gemeinsame Veranstaltung des Ottenser Stadtteilarchiv unter Mitwirkung der VVN Altona den historischen Spuren. Musikalisch Begleitung, Rotdorn.
11.00 Uhr, Luise Schroeder-Straße/Ecke Unzerstraße

Sonntag, 9. September
Int. Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg
Es spricht Cornelia Kerth, musikalischer Rahmen: Rotdorn (angefragt)
11.00 Uhr, Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer

(Fortsetzung von Seite 10)

da führte das junge Paar ein Herrschaftsleben. Er, an führender Stelle als SS-Mann, nicht irgendein SS-Mann, er bekleidete einen Offiziersrang. Er war ein überzeugter und begeisterter Nazi, von Anfang an. Schon als 16-Jähriger. Und blieb dabei. Er machte eine für ihn sehr schöne Karriere. War an Universitäten, war ein gebildeter Mann. Ab 1934 an der Heidelberger Uni, wo er das NS-Studentenwerk leitete. Er denunzierte seinen Uni-Rektor, weil der nicht geflaggt hatte.

War zuständig dort und später in Innsbruck für die Uni-Gleichschaltung. Dann leitete er die Reichsgruppe Industrie am Präsidialbüro Böhmen und Mähren. Und, bei alldem was er gelernt hatte, konnte man ihn auch gut nach dem Krieg brauchen. Seine Karriere ging fabelhaft weiter, er wurde Arbeitgeberpräsident und war mit dem Flickkonzern verbunden. So halfen und helfen sich viele tüchtige Leute gegenseitig.

Schleyer schaltete ab 1934 Universitäten gleich

Sein Sohn trauert. Natürlich nicht um den erfolgreichen SS-Mann oder Lohndrücker, sondern um seinen Vater, der vielleicht auch ein guter Vater war. Ich bin nicht dafür, dass man ihn erschossen hat. Aber ich bin dagegen, dass man solche Männer immer weiter hat hochkommen lassen. Dass man ihnen immer weiter zu riesigem Einfluss verholfen und auf höchste Positionen gehievt hat. Ich bin nicht für das Umbringen, auch nicht für das Umbringen eines Schleyer. Aber sehr wohl dagegen, dass man sie in den so genannten Rechtsstaat übernommen hat. Gerne hätte ich gesehen, dass Schleyer und Andere wie er ebenfalls 24 Jahre im Gefängnis gesessen hätten.

Und dann die Fahndung? Fahndung, wie das Wort ja sagt, findet statt, wenn man jemanden finden will. Zum Beispiel die RAF-Angehörigen. Da hing nicht nur in jeder Polizeidienststelle oder der Feuerwehr ein Fahndungsplakat. Jeder Postdienstangestellte, jeder Schalterbeamte, Zoll- und Grenzbeamte sowieso, kannte die Portraits der Gesuchten. Anders, die Gesichter der Nazimörder. In den ganzen Jahren – bis heute – hing nicht ein einziges Fahndungsplakat nach irgendeinem der gesuchten Kriegsverbrecher aus. In den ganzen Jahren der Fernsehsendung »XY – ungelöst« von Eduard Zimmermann wurden die Zuschauer kein einziges Mal aufgefordert mitzusuchen. Was heißt mitzusuchen? Die Kriegsverbrecher wurden ja gar nicht gesucht und sollten erst gar nicht gefunden werden.

Und wenn wir schon von Mord sprechen, fallen mir auch andere Morde ein und zwar reichlich. Ich wurde Gerichtsreporterin, um endlich einmal deutlich zu machen, wie das gehandhabt wurde an deutschen Gerichten. Damals. Ich versuchte erst, die Gerichtsreporter zu beeinflussen, die ich jeden Tag in der Zeitung lesen konnte, setzte mich mit denen in Verbindung. Ich dachte, ich könnte etwas ändern an dem, was sie auslassen. Oder falsch beschreiben. Ich wollte in NS-Prozesse gehen, aber die fanden nicht statt. Ich war in hunderten von Prozessen. Von denen gab es gerade drei, die sich mit Nazis beschäftigten.

»Stute« und »Schindmähre«

So wie im Düsseldorfer »Majdanek-Prozess«. Dort standen von 1975 bis 1981 17 ehemalige SS-Angehörige des KZ Majdanek vor Gericht. Am Tag des Urteils im August 1981 sitzt Hermine Ryan, immer noch sehr hübsch und sehr gepflegt, inzwischen Amerikanerin und gut verheiratet vor Gericht. Russel Ryan, ihr Mann, kann es nicht fassen was seine Frau verbrochen hat. Was das war? Hermine Ryan, geborene Braunsteiner, Oberaufseherin in den KZ Ravensburg und Majdanek, war ihren Opfern als »Stute« und »Schindmähre« bekannt. Diese Frau, vom Ehrgeiz zerfressen, trug eisenbeschlagene Schaftstiefel, wurde durch Schikanieren, Schlagen und Zertrampeln zur gefürchteten Adjutantin und Meisterin. Vor allem Kinder hatte sie auf dem Kieker. Die galten in dem KZ in der Nähe von Lublin, als »nutzlose Esser«. Hermine Ryan bestrafte selbst sie mit Schlägen und Hieben. Wenn

(Fortsetzung auf Seite 12)

Redaktion: Wolfram Siede
Redaktionsschluss der kommenden *antifa*-Hamburg-Ausgabe ist Mittwoch, 15. August. Zuschriften bitte an: wolframsiede@gmx.de oder an die Landesgeschäftsstelle.
VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg,
Tel.: (040) 314254
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Keine Ruhe für Nazi-Shops

Antifa-Rundfahrt gegen das Geschäft mit Nazi-Chic

Ende Mai begaben sich rund fünfzig junge Antifas auf Achse. Ihre Tour führte durch Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg. Organisiert wurde die nicht angemeldete Rundfahrt von der Kampagne »Move Ya! – gegen rechten Lifestyle und entsprechende Geschäftemacherei«.

Ziel waren drei Ladengeschäfte im Norden. Angefahren wurde »Böhm Streetwear« in Lägerdorf (Schleswig-Holstein), »Streetwear Tostedt« in Todtglüsingen (Niedersachsen) sowie »Unbreakable Streetwear« in der Bürgerweide (Hamburg). Mit Transparenten und Flyern wurden die Anwohner und Nachbarn auf die rechtsradikalen Läden aufmerksam gemacht.

In Hamburg ist Volker Fuchs bereits ein alter Bekannter. Der Inhaber des neuen Ladens im Stadtteil Hamm musste seinen vorherigen Laden »Odin & Freya« in der Nähe der Reeperbahn aufgrund von Anwohnerprotesten vor rund einem Jahr schließen. In den neuen Räumlichkeiten fiel Volker Fuchs bereits erneut mit einer Feier zum Hitler-Geburtstag unangenehm auf.

Outingaktion gegen »Unbreakable Streetwear«. Bild: www.antifainfo.de

Der geschäftsfindige Fuchs verkauft bei »Unbreakable Streetwear« wie zuvor wieder Szenekleidung für Neonazis, rechte Hooligans und die Hells-Angels. Über die Machenschaften ihres neuen Mieters wurde die Baugenossenschaft informiert: Sofort nach Bekanntwerden der rechten Aktivitäten sprach sie eine Kündigung aus, doch die fristlose Vertragsbeendung steht auf wackeligem Fundament, beziehen sich die aufgeführten Kündigungsgründe auf Vorfälle an anderer Stelle zu früherer Zeit. So wird sich die Auseinandersetzung aller Voraussicht nach weiter hinziehen. **Wolfram Siede**

HAMBURG

Zur Erinnerung an das Dorf Putten

Busfahrt zur KZ Gedenkstätte Ladelund

Ein Kunstwerk erinnert an die Opfer von Ladelund.
Bild: Gedenkstätte Ladelund

Am Sonnabend, 8. September, veranstaltet die Harburger VVN-BdA eine Busexkursion zur KZ-Gedenkstätte Ladelund, nahe Dänemark.

Hier gab es ab November 1944 für sechs Wochen ein Kommando des KZ Neuengamme.

Die Häftlinge bauten Panzergräben für den »Friesenwall«, mit dem die Nazis den Vormarsch der Alliierten aufhalten wollten. Viele der Gefangenen stammten aus dem niederländischen Putten, dessen gesamte männliche Bevölkerung nach einer Schießerei mit einem deutschen Offizier deportiert wurde.

Die Gedenkstätte von 1950 ist eine der ältesten ihrer Art. Ermöglicht hatte sie der Pastor des Ortes. Während des Krieges kümmerte er sich um die Begräbnisse der Toten, er sammelte die Namen der Häftlinge und organisierte später Besuchsfahrten aus den Niederlanden. **hjm**

Start um 9.30 Uhr in Harburg, Helms-Museum, um 10 Uhr, ZOB Hamburg. Rückkehr: 19 Uhr. Kosten: 20 Euro, ermäßigt 10. Anmeldung im Landesbüro.

... von Mord sprechen

(Fortsetzung von Seite 11)

sich Kinder vor Angst an ihre Mütter klammerten, wurden die Verzweifelten auseinandergepeitscht.

Auch ihre Gehilfin Hildegard Lächert, die »blutige Brygida«, ist ihren Opfern unvergesslich. Zeugen erzählten beim Prozess, dass sie zwei Griechinnen in der Latrinengrube im Kot ertränkte. Und einmal peitschte und trat sie einen, der im Garten arbeitete, bis sie ihn zerrissen hatte, bis er nur noch ein Fetzen von einem Menschen war, ein Klumpen Fleisch. Dann befahl sie: »Schafft den Dreck da weg.« Vor Gericht sagte sie: »Wir haben viel Spaß gehabt, wir haben viel gelacht. Wir hatten ein wirklich herzliches Verhältnis, aber wenn eine aufsässig wurde, dann hat sie was auf den Hintern gekriegt.« Das Urteil gegen Hermine Ryan: einmal lebenslänglich wegen gemeinschaftlichen Mords in 1181 Fällen und Beihilfe zum Mord in 705 Fällen. Die »blutige Brygida« bekam zwölf Jahre.

Augen mit Peitsche ausgeschlagen

Ein anderes Urteil aus dem Prozess: Acht Jahre für den »Todesengel" genannten Emil Laurich, SS-Totenkopf. Von ihm hieß es, aus seinen Verhören komme niemand lebend zurück. »Dann zog er die Peitsche kurz an, um die Augen auszuschlagen«, sagte ein Zeuge damals aus. Nächster Angeklagter: Arnold Strippel, SS-Obersturmführer. Er machte Karriere in einigen Konzentrationslagern: auch in Buchenwald und Neuengamme. 1949 wurde er wegen Mordes an 21 Häftlingen zu 21 mal lebenslänglich verurteilt, doch der nächste Richter hatte Gnade mit dem Mann und begrenzte seinen Gefängnisaufenthalt. Dafür bekam er eine Haftentschädigung in Höhe von 121 300 Deutschen Mark. Etwa 100 000 D-Mark mehr als überlebende KZ-Häftlinge. Er wurde in Düsseldorf letztlich zu 3,5 Jahren verurteilt. Die weiteren Angeklagten, drei starben in der Zeit des Prozesses, erhielten je einmal zehn Jahre, sechs Jahre, vier, drei und zwei Jahre. Fünf wurden freigesprochen.

Freiheit für Christian Klar?

Jetzt geht es um Christian Klar. Bei dem man sich ernsthaft fragt, warum er schon nach 24 Jahren raus will? Nach nur 24 Jahren! Nach allem, was er getan hat. Gefährlich, wie er ist.

Es wird ja immer gesagt, dass die traurige Schleyer-Witwe nicht mal erfahren hat, und auch der Sohn ist darüber unglücklich, dass niemand weiß, wer denn nun genau der Mörder ist. Wir haben auch nie erfahren, wer die Mörder unserer Verwandten waren. Im Grunde ist es auch nicht wichtig.

Aber wofür man in der Bundesrepublik bestraft wird oder nicht, kommt darauf an, wer das Opfer ist. Ist es jemand angesehenes, hochgestelltes, bekanntes, berühmtes? Oder ist es einfach nur ein Mensch, der auch gerne gelebt hätte?

Kolumne siehe www.stern.de.

NIEDERSACHSEN

Zur Nachahmung empfohlen

Nazis mussten in Wolfsburg zweimal aufgeben

Wolfsburgs VVN hält die Innenstadt sauber. Bild: Hartung

Anfang Mai war es, als die NPD vor dem VW-Werk massenhaft ihr demagogisches Flugblatt zum Thema »Arbeit« verteilte.

Mit Bezug auf VW-Standorte im Ausland hieß es: »Wir denken, dass man sozial in erster Linie dort handeln kann und muss, wo das Eigene (?!) lebt und schafft.« Hauptsächlich wurden diese Flugblätter im Innenstadtbereich in Briefkästen gesteckt. Erfreulicherweise reagierte die IG Metall Vertrauenskörperleitung sofort mit einem Flugblatt: »In dieser Stadt hat die NPD keinen Platz!«

Zweimal hat seitdem die NPD in der Innenstadt von Wolfsburg einen Infostand durchführen wollen. Diese Infostände wurden von der Stadtverwaltung verboten, begründet anderem auch mit der zu erwartenden heftigen Gegenwehr von Antifaschisten. Diese Begründung hatte auch vor dem Oberverwaltungsgericht Bestand. Die von der NPD daraufhin angekündigten Flugblatt-Verteilaktionen wurden vom örtlichen »Bündnis gegen Rechts« mit kreativen Aktionen unter dem Motto »Haltet Eure Stadt sauber« vereitelt. Dabei konnten die VVN-BdA-Plakate gegen Nazis in den Parlamenten gut eingesetzt werden.

Nun hat NPD-Funktionär Molau für die erste Juli-Hälfte eine Kundgebung in Wolfsburg angekündigt, um seine zweimalige Scharte auszugleichen. »Unsere Leute sind richtig heiß auf Wolfsburg«, so Molau in der örtlichen Zeitung (WAZ vom 9.6.07). Das örtliche »Bündnis gegen Rechts«, in dem die VVN-BdA anerkannter Teil ist, wird sich davon nicht einschüchtern lassen.

VVN-BdA KV Wolfsburg

Zu Besuch in Dieppe

Braunschweiger Antifaschisten zu Gast bei französischen Partnerverbänden

Der diesjährige Besuch der Braunschweiger VVN in Dieppe – wie gewohnt traditionell immer um den 8. Mai herum, um mit den Kameradinnen und Kameraden von FNDRIP und ANACR, den beiden Verfolgten- und Widerstandsorganisationen, den Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg zu feiern – war dieses Mal beeinflusst von der Präsidentschaftswahl, aus der der konservative Nicolas Sarkozy von der UMP als Gewinner hervorging.

Am Ankunftsabend sowie bei den Diskussionen der folgenden Tage wurde immer wieder überlegt, welche Konsequenzen die Wahl Sarkozys wohl hat, mit welchen Auswirkungen zu rechnen sei und was es auch für die nächsten Wahlen (jetzt im Juni haben ja die Wahlen zur Nationalversammlung stattgefunden, im Frühjahr 2008 – oder vielleicht auch früher – sind Kommunalwahlen) bedeutet. Klar war allen, dass die nächsten Wochen und Monate unter Sarkozy und auch die nächsten Wahlen für eine fortschrittliche Linke nicht einfach werden würden. »Wir wissen, dass unsere Freundinnen und Freunde viel Kraft brauchen, um bei den Kommunalwahlen im nächsten Frühjahr das Rathaus für die Vereinigte Linke wieder zurück zu gewinnen«, berichtete ein Reiseteilnehmer.

Etwas Besonderes war der Besuch diesmal auch, weil eine Delegation des Motorradclubs »Kuhle Wampe« das erste Mal an den Befreiungsfeiern in Dieppe teilgenommen hat. Dies wurde von unseren Kameradinnen und Kameraden vor Ort sehr positiv aufgenommen, zumal es eine vergleichbare Organisation in Frankreich nicht gibt.

Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung 8. Mai in Dieppe. Bild: Hölzer

Und eine dritte Besonderheit kann berichtet werden: Nach vielen Jahren des Wartens konnten die VVN-Vertreter ihrem Kameraden Charles Pieters, der inzwischen 92 Jahre alt ist, endlich die deutsche Übersetzung seiner Lebenserinnerungen überreichen (»Zeugnis gegen das Vergessen« – Widerstand von der Résistance über Buchenwald in das Frankreich von heute. Für 12 Euro zu beziehen über das Landesbüro der VVN-BdA), was von ihm mit großer Freude aufgenommen wurde. Er hat gleich mehrere Exemplare bestellt, die er an Deutsch-Lehrerinnen und -Lehrer in der Region Dieppe verteilen will, damit Buch und Thema im Deutsch-Unterricht behandelt werden. Die Besucher waren stolz, dass ihnen dies Ergebnis gelungen ist, musste er doch lange – viel zu lange – darauf warten. **St. Hölzer**

Der 8. Mai in Peine

Betriebsratsvorsitzender erinnert an Verbrechen der Wirtschaft

Rund 50 Bürgerinnen und Bürger nahmen an der Kranzniederlegung zum Tag der Befreiung am 8. Mai im Peiner Herzberg teil. Reinhard Heuer, Betriebsratsvorsitzender der Peiner Träger GmbH, gab der deutschen Stahlindustrie die Mitschuld an der Machtergreifung der NSDAP und der Entfesselung des 2. Weltkrieges.

Aus diesem Grund erhielten besonders in diesem Industriezweig nach 1945 die Arbeiter eine qualifizierte Mitbestimmung und eine Person ihres Vertrauens in Gestalt des Arbeitsdirektors im Vorstand, die von der Gewerkschaft vorgeschlagen wird. Faschismus zu bekämpfen und Frieden zu erhalten sei ein Ziel, für das man täglich arbeiten müsse - »auch im Kleinen«, sagte Heuer. Dabei müssten auch Nebenschauplätze berücksichtigt werden, wie beispielsweise die Jugendarbeitslosigkeit, die Betroffene oftmals für die einfachen rechten Botschaften empfangsbereit machen würde.

Zuvor hatte der Kreisvorsitzende der Peiner VVN-BdA, Peter Baumeister, noch einmal an die Rede des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günter Oettinger bei der Beisetzung von Hans Filbinger erinnert, in der dieser den ehemaligen Marinerichter zum Widerstandskämpfer erklärt hatte. »Das ist eine Verhöhnung aller Widerstandskämpfer«. Baumeister kritisierte aber auch die Politiker der Südwest-CDU, wie den Landesgruppenchef im Bundestag Brunnhuber, der die Ausführungen würdigte und über Oettinger wörtlich sagte: »Für unsere Anhängerschaft hat er einen ganz, ganz großen Schritt getan. Er hat ein Tor aufgestoßen.« Man fragt sich natürlich, in welche Richtung die Stoßkraft dieses Tores geht.

Umrahmt wurde die Veranstaltung, an der mehrere Mitglieder des Kreistages und des Stadtrates teilnahmen, von Liedern der Musiker Heinz Kartsch und Hubert Schott. Zum Schluss wurden Unterschriften für ein NPD-Verbot gesammelt. **Peter Baumeister**

Artikel für die *antifa*-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. jeden Monats an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de. Bitte diese Adresse nur für Artikel für diese Seite nutzen!

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 33 11 36
Fax: (0511) 33 60 221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung würde eine Spende für die Arbeit des LV auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr begrüßen.

Lüneburg:

2:0 für Antifa

In Lüneburg gelang es zwei Veranstaltungen von Neofaschisten schon im Vorfeld abzuwenden.

Für den 9. Juni hatten Neonazis einen Aufmarsch in Lüneburg angekündigt. Aufgrund interner Streitigkeiten und organisatorischem Unvermögen sagten die Neonazis ihr Vorhaben aber wieder ab. Da der Aufmarsch schon früh bekannt geworden war, konnte rechtzeitig mit der Organisation von Gegenmaßnahmen begonnen werden.

Verschiedenste Akteure kündigten Proteste an. Die SPD meldete für den 8. Juni eine Kundgebung an. Das Lüneburger Netzwerk gegen Rechts und die Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen kündigten Demonstrationen für den Tag des Naziaufmarsches an. Die VVN-BdA Lüneburg, aktiv im Netzwerk gegen Rechts, unterstützte die Vorhaben.

(Fortsetzung auf Seite 14)

NIEDERSACHSEN

2:0 für Antifa

(Fortsetzung von Seite 13)

Einen Monat zuvor, am 3. Mai, sollte ein »Heimatnachmittag« des Bundes der Vertriebenen (BdV), gemeinsam mit dem neofaschistischen »Freundschafts- und Hilfswerk Ost« (FhwO) bei Lüneburg stattfinden. Die Antifaschistische Aktion machte auf diese Veranstaltung aufmerksam und stellte Hintergründe des FHwO dar. Das »Hilfswerk« ist eine Organisation um NPD-Funktionär Klaus-Dieter Hoffmann aus Bad Bevensen.

Nach Bekanntwerden des Revanchisten-Treffens sprachen sich auch SPD und Bündnis 90/Die Grünen dagegen aus. In einer Pressemitteilung ging die VVN-BdA auf die Geschichte der Vertreibung ein. »Die Ursache für Flucht und Umsiedlung liegt in den verbrecherischen Welteroberungsplänen, in der Ideologie und Politik des deutschen Faschismus.«

Auch dieses Treffen konnte verhindert werden.

Kampf gegen NPD Aufgabe der Gewerkschaften

VVN-BdA beim 1. Mai in Lüneburg

Die DGB-Maidemo und -Kundgebung in Lüneburg war für die VVN-BdA-Kreisvereiniung Startpunkt der Kampagne für ein NPD-Verbot. Am Infostand wurden Unterschriften gesammelt und die Kampagnenzeitung verteilt.

Hauptredner in Lüneburg war Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der Gewerkschaft NGG. Möllenberg, Erstunterzeichner der Kampagne »NPD-Verbot jetzt!«, forderte angesichts zahlreicher Nazi-Aufmärsche am 1. Mai erneut das Verbot der neofaschistischen Partei. Er machte deutlich, dass es Aufgabe der Gewerkschaften sei, gegen den zunehmenden Neofaschismus aktiv zu werden.

NGG-Vorsitzender Franz-Josef Möllenberg am Lüneburger VVN-BdA-Stand.
Bild: unbekannt

Franz-Josef Möllenberg besuchte auch den Infotisch der VVN-BdA. In einem Gespräch begrüßte er die Teilnahme der VVN-BdA am 1. Mai und ihre aktuelle Kampagne. Mit den Antifaschistinnen und Antifaschisten tauschte er sich aus über gemeinsame Initiativen gegen die Demagogie der NPD und über Möglichkeiten, solche Projekte in die Betriebe zu tragen.

Insgesamt konnten 130 Unterschriften gesammelt und rund 500 Kampagnenzeitungen verteilt werden.

BERLIN

Der zweite Sonntag im September

Tag der Erinnerung, Mahnung und Aktion

Wir rufen auf zum Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg, zum Tag der Erinnerung und Mahnung am 9. September 2007, zwischen 13 und 18 Uhr, im Marx-Engels-Forum!

Rassistisch motivierte Gewalttaten und Propagandadelikte, eine weit verbreitete Fremdenfeindlichkeit und eine Anfälligkeit gegenüber nazistischem Gedankengut im Alltag zeigen weiterhin die Notwendigkeit sich anhaltend mit der Neonaziszene und ihren Schnittpunkten zur Mitte der Gesellschaft auseinander zu setzen.

»Die Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen in Europa, ihre Ausgrenzung und die Abschiebepraxis«, heißt es in dem Aufruf zu dem Aktionstag, »sind Spiegelbild eines gesellschaftlich weit verbreiteten und akzeptierten Rassismus. Darum ist jede und jeder gefordert, deutlich zu machen, dass rassistische Diskriminierungen und Gewalt in der Schule, am Arbeitsplatz, auf den Straßen oder anderswo keinen Platz in der Gesellschaft haben. Ermutigen wir viele Menschen, gegen neofaschistische, antisemitische und rassistische Tendenzen im Alltag aufzutreten.«

Wir streiten auch in diesem Jahr für ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen unterschiedlicher Kultur, Sprache, Religion und Hautfarbe, mit verschiedenen Lebensentwürfen und Überzeugungen. Damit wissen wir uns in Übereinstimmung mit den Überlebenden der Zuchthäuser und Konzentrationslager. Sie begründeten in den frühen Nachkriegsjahren die Tradition, den zweiten Sonntag im September als Gedenktag für die Opfer des Faschismus zu begehen.

Programm des Tages der Mahnung 2007

Der Gedenktag beginnt am 9. September um 11 Uhr mit einer Ehrung der in der Gedenkstätte Plötzensee ermordeten Gegner des Naziregimes. Dem schließt sich ein Fahrradkorso zu Orten von Verfolgung und Widerstand an.

Von 13 bis 18 Uhr wird es auf dem Marx-Engels-Forum neben dem Roten Rathaus Gespräche im Antifacafé der VVN-BdA mit Zeitzeugen geben, außerdem Diskussionsrunden zum Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft, dem NPD-Verbot und über Antisemitismus in der DDR und zahlreiche Begegnungen an den Infoständen.

Ausstellungen, ein abwechslungsreiches Kulturprogramm mit viel Musik auf der Hauptbühne, ein Grafitti-Jam, ein Kinderfest und vieles anderes mehr erweitern das vielfältige Programm. Wir erwarten auch in diesem Jahr Tausende von Besuchern. Weitere personelle und auch finanzielle Unterstützung sind uns daher sehr willkommen.

Hans Coppi

Weitere Informationen zum Aktionstag 9. September 2007 unter: www.tag-der-mahnung.de Kontaktbüro: VVN-BdA, Landesverband Berlin, Tel. 29784178, Fax 29784378, E-Mail: info@tag-der-mahnung.de Auch penden für den Tag der Mahnung sind sehr willkommen!Spendenkonto: Berliner VVN-BdA, Postbank Berlin, Konto-Nr: 315904105, BLZ: 10010010, Stichwort. 9. September 2007

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29784178
Fax: (030) 29784378
Internet: http://berlin.vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Eine Wanderung zu Ruth Werner

Vom Schaden und Nutzen ihres Wirkens

Am 15. Mai trafen sich auf dem Uferweg im Plänterwald Einwohner aus Treptow und anderen Stadtbezirken Berlins.

Sie waren dem Aufruf des Bürgerkomitees Plänterwald und des Bundes der Antifaschisten Treptow gefolgt, um die mutige antifaschistische Schriftstellerin Ruth Werner an ihrem 100. Geburtstag zu ehren. Sie war bis zu ihrem Tode unsere Mitbürgerin.

Jutta Matuschek informierte über die Ablehnung des Antrages der Fraktion Die Linke/PDS zur Namensgebung »Ruth-Werner-Promenade« durch die Mehrheit von SPD, CDU, FDP, Grüne und NPD in der Bezirksverordnetenversammlung. Frau Matuschek rief dazu auf, sich dieser Entscheidung nicht zu beugen und weiter für die Benennung des Uferweges einzutreten.

Ruth Werner hat fast 50 Jahre ihres langen Lebens als Schriftstellerin gearbeitet. Frau Matuschek verwies auf die Erzählung »Gedanken auf dem Fahrrad«. Andere dachten vielleicht an die subtilen Erzählungen aus »Der Gong des Porzellanhändlers«, und gewiss dachten wir alle an ihr international weithin bekanntes Buch »Sonjas Rapport«, den Rapport ihres Lebens, ihrer antifaschistischen Tat. Diese Tat war es, die in der Bezirksverordnetenversammlung vor kurzem die ewig Gestrigen aufkreischen ließ.

»Niederträchtig und schändlich« nannte sie der NPD-Landesvorsitzende und BVV-Abgeordnete E. Bräuniger. Zugleich behauptete er, nicht Ruth Werner habe unter ständiger Bedrohung gelebt, einzig das »deutsche Volk und der deutsche Frontsoldat« seien bedroht gewesen. Ruth Werner und Richard Sorge beschimpfte er als »Vaterlandsverräter«.

Und aus der Fraktion der SPD in der BVV verlautete: In der heutigen Zeit, da man die Opfer des Stalinismus ehre, könne man eine zum »Täterkreis zählende Person nicht auch ehren«. Überdies wisse man nicht, ob und wem Ruth Werner geschadet habe.

Wir wissen, wem Ruth Werner geschadet hat. Sie sagte es ja selbst in ihrer Erzählung »Muhme Mehle« in »Der Gong des Porzellanhändlers«: »Wir waren Antifaschisten und hielten es für richtig, Hitler entgegen zu arbeiten.«

Ja, mit ihrer nachrichtendienstlichen Arbeit schadete Ruth Werner dem faschistischen deutschen Aggressor, der viele Länder Europas zerstört und die Sowjetunion bis zur Wolga in verbrannte Erde verwandelt hat. Mit ihrer Tat half Ruth Werner, den faschistischen Krieg zu verkürzen, der 60 Millionen Europäer das Leben kostete. Ruth Werners Informationen befähigten die Sowjetarmee, das Kriegsende schneller herbeizuführen. Dadurch wurde manchem deutschen Frontsoldaten das Leben gerettet.

Um so mehr ist es notwendig, diese Wahrheit immer wieder auszusprechen, am Leben zu erhalten, denn »mit der bestehenden Welt« darf »man es nicht unterschiedslos gut meinen«.

So dachte ich, als wir am 15. Mai durch das Grün des regenfrischen Plänterwaldes wanderten - zu Ruth Werner. **Elfriede Matthias**

Spaziergang zu Ruth Werner. Bild: kappa.photo

Benno Biebel – Buchenwaldhäftling Nr. 2790

Mitorganisator der Selbstbefreiung

Am 6. April 1945 gelang es in einer einzigartigen Aktion 46 Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald vor den SS-Schergen zu verbergen.

Die SS vermutete in ihnen die Leitung der illegalen Widerstandsorganisation des Lagers, und es bestand die Gefahr der Ermordung der Kameraden. Der politische Häftling Benno Biebel bekam in der Schreibstube die Liste mit den Namen der 46 und trug durch sein mutiges, unverzagtes und politisch verantwortungsbewusstes Handeln wesentlich dazu bei, dass die Kameraden, über das ganze Lager verteilt, sicher versteckt werden konnten. Sie erlebten die Selbstbefreiung des Lagers am 11. April 1945. Später merkte Benno Biebel im Zusammenhang mit der Selbstbefreiung an: »Wir waren damals nicht so verwegen, unser Handeln als eine besondere Heldentat herauszustellen.«

Benno Biebel

Aus dem Berliner Roten Wedding kam der 1911 Geborene. In proletarischen Verhältnissen wuchs er auf. Frühzeitig in die organisierte Arbeiterbewegung einbezogen, spürte er die Kraft der Organisiertheit, wirkte er in den Kämpfen der Zeit, wurde er Kommunist.

Weil er Antifaschismus lebte, nahmen ihm die Nazis zehn Jahre die Freiheit. Im Zuchthaus Waldheim und im KZ Buchenwald war er ihnen ausgeliefert. Im Lager auf dem Ettersberg gehörte Benno Biebel der illegalen kommunistischen und antifaschistischen Organisation an. Albert Kuntz, sein Genosse, der ihn aus der legalen politischen Arbeit in Berlin kannte und seine Zuverlässigkeit schätzte, reihte ihn in die Schar der illegalen Kämpfer ein. Nach der Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald wirkte Benno Biebel in verschiedenen verantwortungsvollen Funktionen für die DDR.

Sein Wissen, seinen Erfahrungsschatz vermittelte Benno Biebel einfühlsam, aufrichtig und mit Achtung gegenüber anderen Menschen. Besonders in den jüngeren Generationen sah er jene, die das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstands aufnehmen können, deshalb wandte er sich ihnen offen zu. Als Zeitzeuge sah er in ihnen Partner, ihnen vermittelte er gelebten Antifaschismus, der zu keiner Zeit verordnet werden konnte. Unnachgiebig zeigte sich der ehemalige Buchenwaldhäftling Nummer 2790 in solidarischer Übereinstimmung mit seinen Kameraden in der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora gegenüber von Zeitgeist geprägten historischen Verfälschungen und Geschichtsrevisionismus.

Unser Kamerad Benno Biebel starb am 24. Mai 2007. Wir haben viel von ihm zu lernen.

Gerhard Hoffmann

Erinnerung an die Verfolgung

Wo der Leidensweg der Berliner Opfer des Antiziganismus begann

Der Parkfriedhof Marzahn erstreckt sich nördlich der S-Bahn zwischen den Bahnhöfen Marzahn und Raoul-Wallenberg-Straße. Dort hatten sich am 10. Juni 2007, wie alljährlich, ein paar Menschen an einem Gedenkstein versammelt.

In der ersten Reihe v. r.: Albert Meyer, ehem. Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Walter Momper (SPD), Petra Rosenberg, Petra Pau (Die Linke) und Dr. Gideon Joffe. Bild: R. Schilling

Der Posaunenchor der Kirchengemeinde und zwei Gitarrenspieler vom Landesverband Deutscher Sinti und Roma umrahmten die Veranstaltung musikalisch.

»Im Morgengrauen des 16. Juli 1936 wurden die Berliner Sinti und Roma in allen Teilen der Stadt gezwungen, ihre Wohnungen oder Stellplätze zu verlassen. Sie wurden zusammengetrieben und nach Marzahn verschleppt.« Hier hatten Nationalsozialisten und ihnen ergebene Beamte und Angestellte, also der NS-Staat, auf einem ehemaligen Rieselfeld ein Zwangslager errichtet. »Hier begann für Sinti und Roma ein langer schrecklicher Leidensweg, der die meisten von ihnen in die Konzentrations- und Vernichtungslager führte,« erinnerte Petra Rosenberg, die Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg, die Zusammengekommenen. Und Dr. Gideon Joffe, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, verstärkte das: Der Mord, der in Auschwitz und anderswo endete, habe schon damals und dort in Marzahn begonnen.

Schon im 18. Jahrhundert: »Lösung der Zigeunerfrage«

Walter Momper, der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, versuchte aus der Geschichte heraus Erklärungen zu finden, wie es bei uns dazu hatte kommen können. Er berichtete von Moritz Grellmann, dem Urvater des Antiziganismus, der schon 1783 eine »Lösung der Zigeunerfrage« gefordert hatte: Die Sinti und Roma mit ihrem »sittlich verderbten Wesen« sollten zwangsassimiliert werden.

1899 war dann ein gewisser Alfred Dillmann von der Bayerischen Regierung mit der Einrichtung des ersten »Zigeuneramtes« beauftragt worden, dem sogenannten »Nachrichtendienst für die Sicherheitspolizei in Bezug auf die Zigeuner«. Und dieser beamtete Experte schrieb 1905 in einem Buch: »Das fahrende Volk der Zigeuner ist (...) ein schädlicher Fremdkörper in der deutschen Kultur geblieben. Alle Versuche, die Zigeuner an die Scholle zu fesseln (...) sind fehlgeschlagen.« Die Triebfeder für seine Ansichten waren rein rassistischer Natur. 1911 richtete er die erste Fingerabdruckkartei in Deutschland ein. Und in das Bayerische Zigeunergesetz wurde der Begriff »Rasse« eingefügt. Auch weite Teile der Bevölkerung lehnten das fahrende Volk ab. Sie fühlten sich in ihrer Haltung diesen »Asozialen«, ja vermuteten »Kriminellen« gegenüber durch den Staat bestätigt. So war den Nazis der gesellschaftliche Boden für ihre rassistisch begründete Verfolgung, ihren Massenmord bereitet.

Petra Rosenberg begrüßte vor allem die wenigen letzten Überlebenden von Marzahn und deren Angehörige zu diesem Gedenken gemeinsam mit Repräsentanten der Politik aus Berlin und Brandenburg. Gemeinsam mit Momper habe der Landesverband vor etwa zwei Jahren erreicht, dass das PrVG, das Gesetz für die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassisch oder religiös Verfolgten, entgegen den Absichten der Politik nicht beschlossen wurde. Damals hatte ein Schlussstrich unter die Rentenversorgung der Opfer gezogen werden sollen.

Gedenktafel erinnert an die Opfer von Marzahn

Und seit letztem Jahr steht, wenige Meter hinter dem Friedhof auf dem heute bebauten Gelände des seinerzeitigen Zwangslagers, endlich eine Gedenktafel, gemeinsam errichtet vom Landesverband und Dr. Uwe Klett, dem letztjährigen Marzahner Bezirksbürgermeister, sowie Petra Wermke, der Marzahn-Hellersdorfschen Bezirksverordnetenvorsteherin, aus dem die genaue Lage des Lagers zu ersehen ist. Aktuell bedrohlich bleiben die Versuche einzelner Politiker, mit dem Schüren von Fremdenangst Wahlstimmen zu gewinnen: Schon 2002 hatte die Bundestagsabgeordnete Marlene Rupprecht auf dem Weltkindergipfel in New York zur Situation von Romakindern erklärt: »Wir müssen aufpassen, sonst wird das ein Problem. Nach der nächsten EU-Erweiterung ist das die größte Minderheit. Die Roma könnten die Palästinenser Europas werden.« Noch im März 2007 wurden diese Sätze mit ausdrücklichem Dank an Frau Rupprecht auf einer UNICEF-Veranstaltung im Bundestag zitiert. Nach einer Emnid-Umfrage vom Oktober 2004 hassen 68 Prozent der Deutschen »die Zigeuner«. Im Mai 2007 näherte sich ein Berliner Historiker auf einer Veranstaltung des Türkischen Bundes im Berliner Abgeordnetenhaus Frau Rupprechts Aussage an, indem er einen Vergleich zur »Intifada« konstruierte. Und so wie vor dem EU-Beitritt Tschechiens, der Slowakei und Ungarns davon gefaselt worden war, in Kürze würden Millionen Roma nach Mittel- und Westeuropa einreisen, was nicht geschah, wurde diese Behauptung nun in Bezug auf den EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens wiederholt.

Schweigen nutzt Rechten

Auffällig bleibt, wer alles wieder einmal nicht erschienen war, welche Gruppen keinen Vertreter sandten. Das Verschweigen der Verbrechen ist eine der wesentlichen Ursachen für das Heranzüchten und die Ausbreitung von Rechtsradikalismus in der Jugend. Es beraubt sie der Möglichkeit, aus der Geschichte zu lernen.

Solch gewissenloses Verhalten von Politikern ist nicht auf Deutschland beschränkt: Bei einer früheren Umfrage in Tschechien stimmten 66 Prozent der Befragten der Absicht zu, Roma nur getrennt von der übrigen Bevölkerung leben zu lassen. 52 Prozent verlangten strengere Gesetze für sie. In Bulgarien ist es für 97 Prozent der Befragten unvorstellbar, eine Romni oder einen Rom zu heiraten. 61 Prozent halten Roma für »faul und verantwortungslos«.

Walter Momper schloss mit der Mahnung: »Das zu bekämpfen, ist der Auftrag, den wir Otto Rosenberg und allen Verfolgten schuldig sind.« **Reinhard Strecker**

Berichtigung

In die *antifa*-Ausgabe von Mai / Juni 2007 hat sich ein Fehler eingeschlichen. Der Artikel »Halbe Sachen« stammte von Arthur Nähring und der Artikel »Grabanlagen für Opfer des Faschismus« von Jürgen Hoffmann. Wir bitten die Verwechslung zu entschuldigen. kappa photo hat das Bild zum Artikel »Halbe Sachen« beigesteuert.